



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bericht über die Online-Befragung zum Selbstverständnis der Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen mündlich und schriftlich über den Inhalt und die Ergebnisse der Online-Befragung zum Selbstverständnis der bayerischen Justiz sowie über die daraufhin getroffenen Maßnahmen zu berichten.

Begründung:

Am 9. Februar 2015 wurden die Ergebnisse einer Online-Befragung innerhalb der bayerischen Justiz zu ihrem Selbstverständnis bekannt gegeben. Im Rahmen dieser Online-Befragung wurden alle bayerischen Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zur Berufseinstiegsphase und Laufbahn, zum Einzelverhalten, zur Außendarstellung der Justiz, zum Fortbildungsangebot, zur Kritik – und Fehlerkultur, zum Verhalten des Staatsministeriums und zu sonstigen Bereichen befragt.

Laut der Pressemitteilung des Staatsministeriums der Justiz fallen die Ergebnisse zum Teil kritisch aus, vor allem in Bezug auf die hohe Arbeitsbelastung und die Öffentlichkeitsarbeit der Justiz, aber auch bei der Einarbeitung von Berufsanfängern, dem Fortbildungsangebot oder dem Umgang des Staatsministeriums mit der Justizpraxis.

Dem Ausschuss ist vor dem mündlichen Bericht vorab auch schriftlich über die konkreten Ergebnisse, insbesondere über die geäußerte Kritik im Einzelnen, zu berichten und welche Verbesserungen daraufhin erarbeitet und umgesetzt wurden.